

Sachsen krisensicher für die Zukunft machen

Beschluss des 37. Landesparteitages

**37. Landesparteitag
am 05.11.2022 in Schkeuditz**

SACHSEN KRISENSICHER FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine richtet große Schäden an. In erster Linie gilt das für alle Ukrainerinnen und Ukrainer, die um ihr Leben fürchten und deren Heimat zerstört wird. Ihnen gilt unsere Solidarität und unsere Unterstützung. Dank der enormen Hilfsbereitschaft der Sächsinen und Sachsen ist es möglich, knapp 60.000 Menschen aus der Ukraine eine sichere Zuflucht zu geben und sie gut zu versorgen.

Dieser Krieg dauert bereits acht Monate und noch immer ist kein Ende der Kampfhandlungen absehbar. Es braucht deshalb intensive diplomatische Anstrengungen der Europäischen Union, der USA und der Weltgemeinschaft, um Russland zum Einlenken zu bewegen.

Russland muss die Kampfhandlungen einstellen, die besetzten Gebiete verlassen und für die Kriegsschäden aufkommen. Kriegsverbrecher müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Annexionen der kriegerisch besetzten Regionen sind illegal und müssen rückgängig gemacht werden.

Für uns als Sächsische Union ist klar: Dieser Krieg muss so schnell wie möglich enden!

Zugleich müssen wir neue Schlüsse aus der Situation ziehen. Deutlich wurde uns vor Augen geführt, dass eine allzu große Abhängigkeit sowohl im Bereich der Energieversorgung als auch der Versorgung mit Rohstoffen unser wirtschaftliches, kulturelles und gesellschaftliches Leben gefährdet. Und ebenso deutlich wird uns gezeigt, dass die Sicherheit unseres Landes nicht von anderen, sondern durch unser eigenes Handeln garantiert werden muss. Zusammen mit NATO und EU muss die Bundesrepublik Deutschland klare geostrategische Ziele formulieren und diesen folgen.

Die aktuelle Situation gefährdet den Wohlstand unserer Gesellschaft. Damit ist die derzeitige Krise eine akute Bedrohung für unser Zusammenleben. Sie besitzt darüber hinaus das Potential, vorhandene Brüche und Risse in der Gesellschaft zu verstärken und damit die Ungleichheit insgesamt weiter zu vergrößern. Dem müssen wir mit aller Kraft politisch entgegenwirken, um nicht die Erfolge des Aufbaus von Demokratie und Wohlstand der vergangenen drei Jahrzehnte zu gefährden.

Neben diesen akuten Krisen belastet der demographische Wandel die Zukunftsfähigkeit Sachsens. Besonders dramatisch zeigt er sich im stärker wachsenden Bedarf an Arbeitskräften. Während Arbeitskräfte fehlen, führt eine überzogene Sozialpolitik zu vielen Menschen, für die sich Arbeit finanziell nicht mehr lohnt. Dies hat nicht nur Folgen für die betroffenen Unternehmen, sondern für die Volkswirtschaft als Ganzes. Es stehen sowohl die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit als auch die Wachstums- und Wohlfahrtspotentiale des Wirtschaftsstandorts Sachsen auf dem Spiel.

Der Fachkräftebedarf ist daher eine weitere drängende Aufgabe, der wir uns politisch stellen müssen und für die es praktikable Lösungen braucht.

1. Krisenfeste und bezahlbare Energien langfristig sichern

Der Freistaat Sachsen steht vor der Frage, wie in Zukunft Energie weiterhin sicher und vor allem bezahlbar erzeugt und zur Verfügung gestellt werden kann. Versorgungssicherheit ist für uns oberste Priorität und ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge, die ein Staat gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern und für die Betriebe im Land leisten muss. Daneben sind für uns Wirtschaftlichkeit sowie Klima- und Umweltverträglichkeit gleichwertige energiepolitische Ziele.

Als Sächsische Union suchen wir ideologiefrei, technologieoffen und als Verbündeter der Bürgerinnen und Bürger nach Lösungen für die Herausforderungen dieser Zeit. Nachhaltigkeit bedeutet für uns die Beachtung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Belange.

Die CDU hat in den zurückliegenden Jahren, wie auch andere Regierungsparteien, energiepolitische Entscheidungen getroffen, die den oben genannten Zielen nur unzureichend entsprachen. Das Ende der grundlastfähigen Kernkraft- und Kohleverstromung wurde beispielsweise zu schnell beschlossen, ohne den Ausbau erneuerbarer Energien, wie Photovoltaik und Wind, zu beschleunigen und die Speicherung der produzierten Energie sicherzustellen. Was es in der aktuellen und dramatischen Lage braucht, ist eine gemeinsame, überparteiliche nationale Kraftanstrengung, um einen zukunftsfesten Pakt für Energiesicherheit zu schmieden und das ohne ideologische Scheuklappen.

Es braucht eine entschlossene Diversifikation der Energiebereitstellung –und zwar auf Seiten der Energiequellen, der Technologien und der Versorger. Wie auch

bereits während anderer Krisen wurde deutlich, dass es mehr Belastbarkeit, mehr Eigenständigkeit und ein größeres Portfolio an Möglichkeiten zur Energiebereitstellung braucht.

Wir müssen alle unter nachhaltigen Gesichtspunkten sinnvollen Mittel in die Waagschale werfen, um Energieangebot und -sicherheit zu verbessern und damit die Preise zu senken. Gleichzeitig müssen wir parallel dazu den Umstieg auf alternative Energien erheblich beschleunigen.

Vom Bau von Windkraftanlagen und Solarparks sollen insbesondere und unmittelbar die Kommunen profitieren, auf deren Gebiet diese Anlagen realisiert werden. Dafür wurde auf Initiative der vergangenen Bundesregierung eine gerechtere Verteilung der für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus regenerativen Energien anteilmäßig gezahlten Gewerbesteuern beschlossen. Im Interesse einer höheren Akzeptanz der Anlagen und einer Stärkung der kommunalen Finanzkraft der ländlichen Räume bitten wir die Landtagsfraktion, eine Regelung zu prüfen, die den vollständigen Verbleib dieses Geldes bei den Standortkommunen vorsieht und sie von der Einbeziehung in den sächsischen Finanzausgleich freistellt. Dies wäre ein angemessener Ausgleich für die Mehrbelastungen, die von den Bewohnern des ländlichen Raumes zu tragen sind.

Sachsen ist Energieland und soll es auch in Zukunft bleiben. Wir haben uns in den vergangenen dreißig Jahren einen exzellenten Ruf als Forschungsstandort erarbeitet. Wir wollen daran anknüpfen, wenn es jetzt darum geht, die Energieversorgung krisensicher und zukunftsfest aufzustellen.

Windenergie – Ausbau vorantreiben

Windenergie kann einen noch wichtigeren Beitrag für die Energieversorgung im Freistaat Sachsen leisten. Das geht nur im Miteinander mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Als Sächsische Union kritisieren wir die einseitige Aufkündigung der landesspezifischen Abstandsregeln durch den Bund. In der Abwägung unterschiedlicher Interessen sehen wir unter anderem für Windanlagen über Wäldern und in Tagebaugebieten große Chancen, um unsere sächsischen Ausbauziele zu erreichen. Dieses geht nur in enger Abstimmung und Mitentscheidung der Ortschafts-, Stadt- und Gemeinderäte. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass ausgewiesene Flächen zur Windenergienutzung in Tagebaugebieten vollständig auf das 2-Prozent-Flächenziel angerechnet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die landesrechtlichen Voraussetzungen für die zukünftige Windkraftplanung in den Planungsregionen zeitnah geschaffen werden. Die regionalen Planungsverbände erhalten für die Umsetzung ausreichend Zeit und finanzielle Unterstützung für die Windkraftplanung und dafür die notwendige Rechtssicherheit.

Auch der Staatswald kann einen großen Beitrag zum Ausbau der Windenergie leisten. Der Sachsenforst muss im Sinne einer vorbildlichen Waldbewirtschaftung mit gutem Beispiel vorangehen und windhöffige und geeignete Standorte für Windkraftanlagen bereitstellen.

Wir unterstützen das Vorhaben der LEAG, in der Lausitz eine sogenannte „Gigawatt Factory“ als das größte Zentrum erneuerbarer Energien in Deutschland aufzubauen und werden uns beim Bund mit Nachdruck dafür einsetzen. Eine Benachteiligung einzelner Akteure nur aufgrund der Projektgröße lehnen wir ab. Es gilt, entschlossen Potentiale auch konfliktarmer Flächen mit industrieller und bergbaulicher Vornutzung in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier für den Ausbau erneuerbarer Energien zu nutzen.

Solarenergie – Einsatz von PV-Anlagen erleichtern

Neben Wind muss Photovoltaik in Sachsen weiter ausgebaut werden müssen. Hier bestehen noch erhebliche Potentiale in der Sekundärnutzung verschiedenster Flächen, wie zum Beispiel auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, Bergbaufolgefleichen oder städtischer bebauter bzw. versiegelter Fläche und es gilt, kurzfristig das erforderliche Baurecht zu schaffen. Bei Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen für PV müssen die Flächen auch weiterhin der landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen. Nach Beendigung der Energieerzeugung müssen die betroffenen Flächen wieder der vorherigen Nutzung zugeführt werden. Im städtischen Bereich streben wir eine PV-Sekundärnutzung, z.B. bei Parkräumen und öffentlichen Gebäuden, an. Außerdem müssen Marktbarrieren, wie z.B. erschwerte Mieterstromlieferungen, beseitigt werden. Photovoltaik-Kleinanlagen müssen von bürokratischen Hürden befreit werden, z.B. durch ein Aussetzen der Zertifizierungspflichten und Vereinfachung des Einsatzes von Stecker-Solargeräten. Die Regeln zur Netzanbindung von PV-Anlagen, welche bis 30 kW gelten, sind in Zukunft auf Anlagen bis zu 100 kW-Leistung zu erweitern.

In Anbetracht der Krise und deren erheblichen Auswirkungen, ist auch ein Umdenken hinsichtlich der Belange des Denkmalschutzes notwendig. Denkmalschutz darf nicht über Energieunabhängigkeit stehen. Sachsen hat eine Vielzahl von denkmalgeschützten Gebäuden und Kulturdenkmälern. Die Nutzung der Dächer dieser Gebäude für PV-Anlagen muss erleichtert werden. Es bedarf des Erlasses einer Richtlinie, wonach grundsätzlich PV-Anlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden oder Kulturdenkmälern zu ermöglichen sind. Eigentümer denkmalgeschützter Gebäude in den Innenstädten könnten, durch die Genehmigung von PV-Anlagen auf den Dächern, mehr Energieunabhängigkeit erlangen.

Sachsen muss wieder Vorreiter in der Solarindustrie werden. Daher setzen wir uns für den Wiederaufbau der gesamten Wertschöpfungskette mit dem Ziel ein, innovative Lösungen „Made in Saxony“ auf den Weltmarkt zu bringen und die heimische Stromerzeugung aus Sonnenenergie anzukurbeln.

Wasserkraft – Anlagen modernisieren, Bürokratie abbauen

Wasserkraft hat eine wichtige Funktion als erneuerbare Energiequelle. Als Sächsische Union setzen wir uns für die Modernisierung von bestehenden Wasserkraftanlagen und den gewässerverträglichen Ausbau ein. Die Zahl der möglichen Neubauten von Anlagen zur Wasserkraftnutzung ist in Sachsen begrenzt, weshalb das Zuwachspotential der Elektroenergieerzeugung hauptsächlich in der Erhöhung der technischen Effizienz bestehender Anlagen liegt. Die zuständigen Behörden müssen die dafür notwendigen Genehmigungen schneller erteilen. Hier gilt es, Hürden abzubauen.

Biomasse – nachhaltige Energiegewinnung ermöglichen

Das Potential von Biogas als flexibler Stromlieferant und als Erdgasersatz ist bereits bekannt. Biogasanlagen könnten zukünftig einen großen Anteil des Gasbedarfs decken. Hierzu müssen mehr Biogasanlagen gebaut und dafür die politischen Rahmenbedingungen zur Einspeisung verbessert werden. Dazu gehören u. a. die Abschaffung des Deckels sowie die Änderung des Baugesetzbuches, welches den Bau von Biogasanlagen derzeit noch deutlich erschwert. Die Begrenzung der Laufzeit von 1.300 Volllaststunden, geringe Flexibilität beim Substrateinsatz oder die nicht vorhandenen technologieoffenen Lösungen bei der Vermeidung von Methanemissionen zählen zu den weiteren Hindernissen. Letztlich sollten Biogasanlagen als bedeutende Form der

klimafreundlichen Erzeugung von Strom und Gas anerkannt werden. Gleichzeitig gilt es Fragen der Nutzungskonkurrenz, etwa mit der Lebensmittelproduktion, sorgfältig abzuwägen. Am Heizen mit Holz als nachwachsendem Rohstoff halten wir fest.

Wasserstoff – Wertschöpfungskette aufbauen

Langfristig wird der Erfolg der Energiewende auch mit speicherbarem Wasserstoff verbunden sein. Wasserstoff wird eine Schlüsselrolle einnehmen und ermöglicht es, die CO₂-Emissionen, vor allem in den Sektoren Industrie und Verkehr, deutlich zu verringern. Neben den klimapolitischen Aspekten sichert die Anwendung der Wasserstofftechnologie viele zukunftsfähige Arbeitsplätze, neue Wertschöpfungspotentiale und eine weltweit technologische Wettbewerbsfähigkeit. Sachsen soll dabei ein wichtiges Zentrum für Forschung, Entwicklung und Nutzung an und von Wasserstoff werden. Die Förderung von Sunfire über das IPCEI Wasserstoff (Important Project of Common European Interest) ist ein gutes Beispiel für gezielte Investitionen mit großer Wirkung. Wir setzen uns dafür ein, dass weitere sächsische Wasserstoffprojekte gefördert werden und unterstützen das Branchennetzwerk „Wasserstoffland Sachsen“. EU und Bund sind in der Pflicht, die Finanzierung des weiteren Ausbaus der Wasserstoffinfrastruktur abzusichern. Der Freistaat wird seinen Beitrag leisten.

Kohleverstromung – Ausstieg bis 2038 schrittweise umsetzen

In Schwachlastzeiten regenerativer Stromerzeugung treiben Erdgaskraftwerke aufgrund des hohen Erdgaspreises über den Börsenhandel die Strompreise in bisher unbekannte Höhen. Vermeidbare Stromproduktion aus Erdgas ist deshalb sofort einzustellen. Dafür müssen im Gegenzug alle verfügbaren Braunkohlekraftwerke rechtssicher hochgefahren und unter Volllast betrieben werden. Dies ist notwendig, um die aktuelle Krisensituation zu überbrücken. Das ändert jedoch nichts an unserer mittelfristigen Zielstellung, aus der Verstromung fossiler Energieträger auszusteigen. Wir halten Wort und setzen den Kompromiss zum schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 um. Strukturwandel und Kohleausstieg müssen wie vereinbart Hand in Hand gehen. Die Braunkohleregionen in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier brauchen die finanzielle Unterstützung, die Planungssicherheit und die Zeit für die Umsetzung der vielen klugen Ideen. Die Benachteiligung der Menschen durch den Braunkohleabbau darf nicht durch den Verlust der Arbeitsplätze in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier verschärft werden. Der Bund muss die

Rahmenbedingungen dafür verbessern und seine Infrastrukturprojekte schnellstens umsetzen.

Erdgas – Verbrauch senken, heimische Potentiale heben

Die benötigten Mengen Gas zu importieren ist mit sehr hohen Kosten und Umweltschäden verbunden. Unser Ziel ist es, beides so gering wie möglich zu halten und zudem unabhängiger von Gaskraftwerken und der Wärmeproduktion aus Gas zu werden.

Deshalb setzen wir uns im Bund dafür ein, die heimischen Gasvorräte zu unseren eigenen Umweltstandards zu heben. Als Braunkohleland, was seit Jahrzehnten die entsprechenden Lasten schultert, erwarten wir bei Gas solches auch von anderen Bundesländern. Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission Fracking hat deutlich gemacht, dass die bisherige Ablehnung von Fracking in Deutschland nur mit „ideologischen Vorbehalten“ zu erklären ist. Als Sächsische Union setzen wir nicht auf Ideologie, sondern auf wissenschaftliche Erkenntnisse. In Sachsen haben wir nicht zuletzt mit dem Institut für Bohrtechnik und Fluidbergbau an der TU Bergakademie Freiberg wichtige Expertisen in diesem Bereich, die wir in die bundesweite Debatte einbringen wollen.

Kernkraftwerke – Kapazitäten nutzen

Der Streckbetrieb für die Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland ist notwendig, aber nicht ausreichend. Als Sächsische Union setzen wir uns dafür ein, dass alle reaktivierbaren Kernkraftwerke so lange am Netz bleiben, bis eine sichere und günstige Energieversorgung auf anderem Wege zuverlässig garantiert werden kann. Dafür braucht es unverzüglich die entsprechenden Lieferverträge für neue Brennstäbe.

2. Für eine nachhaltige Rohstoffstrategie

Hohe Preise und zunehmende Versorgungsrisiken gefährden den sicheren Rohstoffbezug und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Sachsen. Die Verfügbarkeit zum Beispiel von Lithium, Kobalt und Seltenen Erden ist die Voraussetzung für Zukunftstechnologien in Sachsen. Neben möglichst stabilen Lieferketten geht es auch um eine effiziente Nutzung und die Forschung im Bereich alternativer Lösungsmöglichkeiten.

Rohstoffe – verantwortungsvoll gewinnen

Sachsen hat eine lange Tradition des Bergbaus und der Gewinnung von Rohstoffen. Die Verfahren haben sich im Lauf der Zeit verändert, aber sie haben stets zum Wohlstand beigetragen. Die heimische Rohstoffgewinnung erfolgt heutzutage unter Einhaltung hoher Sozial- und Umweltstandards. Wir werden das Bergrecht überprüfen, ob wir heimische Rohstoffe künftig noch stärker abbauen können und Wasserrecht prüfen, um heimische Rohstoffe mit weniger bürokratischem Aufwand abbauen zu können.

Es braucht einen Ausbau der bestehenden Rohstoffkooperationen mit unseren Partnern in Europa und der Welt sowie eine Reduzierung der Abhängigkeiten von autokratisch geführten Staaten.

Kreislaufwirtschaft – Wertschöpfung erhöhen

Als Sächsische Union setzen wir uns für eine Kreislaufwirtschaftsoffensive ein. Ziel muss es sein, dass möglichst viele Komponenten wiederverwertbar, leicht austauschbar und langlebig sind. So können wir nicht nur Energie durch längere Nutzungszyklen einsparen, sondern auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung in unserer Heimat schaffen.

Die Europäische Kommission prognostiziert eine Erhöhung der Wertschöpfung von rund 80 Milliarden Euro pro Jahr durch mehr Kreislaufwirtschaft. Daneben ist die Verstärkung von Kreislaufwirtschaft auch im Sinne der Bekämpfung von Klimafolgeerscheinungen ein wichtiger Schritt zu einer besseren Bewahrung der Schöpfung. Durch eine längere, effizientere und häufigere Nutzung von Ressourcen, gerade seltener Rohstoffe, können wir auch langfristig einen Schritt hin zu mehr Unabhängigkeit von anderen Weltregionen entwickeln. Je besser und länger wir diese Ressourcen nutzen, desto sparsamer ist unser Verbrauch und damit der Importbedarf.

Bürokratieabbau – Innovationen ermöglichen

Unser Ziel ist es, Möglichkeiten und Wege zu entwickeln, die nicht mit einem Aufwuchs an Vorschriften einhergehen. Es ist der falsche Weg, unsere Wirtschaft mit immer neuen Dokumentations- und Nachweisführungspflichten zu belasten. Das Lieferkettengesetz des Bundes und die Vorschläge aus Brüssel sind für uns ein mahnendes Beispiel – auch wenn nachhaltige Lieferketten eine

Selbstverständlichkeit für uns sind. Eine stärkere Verbreitung der Kreislaufwirtschaft oder der Aufbau neuer Lieferketten darf nicht zu mehr Arbeit, weniger Zeit und mehr Bürokratie für Wirtschaftsunternehmen führen, sondern muss vor allem durch Information und Anreize erfolgen. Wir setzen auf die Verantwortung des Einzelnen und wollen allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen die Freiheit geben, ihren Teil zum Fortschritt beizutragen. Wir setzen uns dafür ein, dass in der Europäischen Union durch die Kommission ein Belastungsmoratorium durchgesetzt wird.

3. Für eine langfristige Fachkräftestrategie

Bereits heute zeigt sich in vielen Wirtschaftsbereichen der Mangel an Fachkräften. Ob in der Industrie, in der Bauwirtschaft, dem Dienstleistungssektor oder dem Handel, überall zeigen sich bereits spürbar die Folgen von Personalengpässen. Laut Deutschem Industrie- und Handelskammertag (DIHK) erwarten etwa neun von zehn Unternehmen, dass der Fachkräftemangel negative Konsequenzen für ihre Geschäftstätigkeit haben wird: Arbeitskosten steigen, Aufträge gehen verloren und die (internationale) Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit steht auf dem Spiel.

Auch im Alltag sind die fehlenden Kräfte bereits spürbar. Restaurants und Bäckereien müssen ihre Öffnungszeiten verkürzen, weil das Personal fehlt. Busse, Bahnen und Flüge fallen aus, weil es nicht genügend Fahrer, Zugbegleiter oder Bodenpersonal gibt. Bauvorhaben können nicht oder nur mit Zeitverzögerung fertig gestellt werden, weil ausgebildete Handwerker fehlen.

Die Situation wird sich in dieser Dekade weiter verschärfen, wenn die Generation der sogenannten Babyboomer aus dem Arbeitsleben ausscheiden wird. Bis 2030 werden dem sächsischen Arbeitsmarkt nach heutiger Prognose über 300.000 Erwerbspersonen fehlen.

Der Strukturwandel in Sachsen lässt sich nur mit vielen geschickten Händen und klugen Köpfen erfolgreich gestalten. Die strategische Gewinnung von Fachkräften ist daher eine der wesentlichen Aufgaben der kommenden Jahre.

Damit das Fachkräfteangebot und damit die Leistungsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft gesichert werden kann, wurde die Fachkräftestrategie 2030 für den Freistaat Sachsen erarbeitet, mit dem Ziel, den sächsischen Arbeitsmarkt sowohl

für in- als auch für ausländische Fachkräfte attraktiv zu gestalten. Damit wurde eine Grundlage geschaffen, auf der es aufzubauen gilt.

Weitere Schritte, mit denen vor allem auch die Ebene der nicht akademischen Fachkräfte mehr und mehr erschlossen werden kann, sind jedoch notwendig. Gelingen wird dies nur durch ein Zusammenspiel staatlicher und privatwirtschaftlicher Maßnahmen. Nur so lassen sich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen nach Sachsen kommen oder zurückkehren, in Sachsen eine Heimat (wieder-) finden und sich beruflich und privat hier verwirklichen.

Fehlanreize im Arbeitsmarkt müssen beseitigt werden. Dazu zählen u.a. das geplante Bürgergeld, aber auch ein Leistung bestrafendes Steuer- und Abgabensystem. Dadurch werden mehr Arbeitnehmer auch weiterhin einer Vollzeitarbeit nachgehen, anstelle auf Teilzeit zu reduzieren.

Ältere Arbeitnehmer verfügen über wertvolle Kompetenzen. Deswegen streben wir eine hohe Erwerbsquote in dieser Altersgruppe an. Auch aus diesem Grund ist ein Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements erforderlich.

Aus- und Weiterbildung stärken

Junge Menschen sind die Fachkräfte von morgen. Die duale Ausbildung ist und bleibt daher eine der wichtigsten Grundlagen für die Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs im Freistaat Sachsen. Denn sie bietet neben einer praxisnahen und hochwertigen Berufsqualifikation auch vielfältige berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und persönliche Karrierechancen – bis hin zur Selbständigkeit.

Gleichzeitig steht die duale Berufsausbildung bereits seit Jahren vor großen Herausforderungen. Einerseits scheint vielen jungen Menschen der berufliche Einstieg über eine Ausbildung nicht hinreichend präsent oder attraktiv zu sein. Andererseits haben immer mehr Betriebe in einigen Regionen und Branchen damit zu kämpfen, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Daher wollen wir von Beginn an die berufliche Orientierung in den Schulen verbessern, um insbesondere im ländlichen Raum die Perspektiven einer soliden Ausbildung aufzuzeigen.

Damit unsere duale Berufsausbildung auch in Zukunft erfolgreich weitergeführt werden kann, um die Qualifikationen für den Arbeitsmarkt von morgen zu vermitteln, werden wir die Weiterentwicklung der Berufsakademie zur Dualen

Hochschule zügig vorantreiben und dafür sorgen, dass möglichst viele Absolventen hier bei uns in Sachsen bleiben. Ebenso müssen die beruflichen Schulzentren in Sachsen für die wachsenden technischen und digitalen Anforderungen der Arbeitswelt fit gemacht werden. Deshalb werden wir für eine zukunftsfähige Ausstattung, die Bereitstellung digitaler Infrastruktur sowie für eine zeitgemäße Aus- und Fortbildung der berufsbildenden Lehrkräfte sorgen.

Als Sächsische Union haben wir uns erfolgreich für die Wiedereinführung der Meisterpflicht in vielen Gewerken eingesetzt. Dies war wichtig – nicht nur mit Blick auf die Qualitätssicherung, sondern auch für die Ausbildung neuer Fachkräfte. Auch in Zukunft ist es unser Ziel, die Meisterausbildung weiter zu stärken.

In der heutigen Zeit kann man nicht mehr davon ausgehen, dass der einmal erlernte Beruf das gesamte Arbeitsleben lang ausgeübt werden kann. Zu schnell verändert sich unsere Arbeits- und Lebenswelt und damit die Anforderungen an die beruflichen Qualifikationen. Digitalisierung, Globalisierung, Klima- und demografischer Wandel erfordern tiefgreifende Anpassungsprozesse, auf die sich Menschen auch in ihrem beruflichen Alltag einstellen müssen. Ohne ein lebensbegleitendes Lernen sind diese Herausforderungen nicht zu bestehen, weder individuell noch gesellschaftlich.

Unter dieser Prämisse müssen wir die Weiterbildungslandschaft im Freistaat Sachsen fortentwickeln und nachhaltig stärken. Wir wollen erreichen, dass mit einem flächendeckenden Netz an Weiterbildungseinrichtungen den Bedürfnissen unserer Bevölkerung und Unternehmen Rechnung getragen, die gesellschaftliche, technologische und wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land aufgegriffen und mit gezielten Angeboten flankiert wird.

Mit einem neuen Weiterbildungsgesetz wollen wir diesem Prozess der Transformation einen rechtlichen Rahmen geben. Es geht darum, zum einen Grundversorgung und Trägervielfalt sicherzustellen sowie Förderinstrumente und die Finanzierung der Weiterbildung langfristig für alle Akteure planbar zu machen.

Ausländische Fachkräfte integrieren

Volkswirte gehen davon aus, dass wir bundesweit netto jährlich 400.000 qualifizierte Zuwanderer brauchen, um den Fachkräftebedarf zu sichern. Die Außenwahrnehmung Sachsens ist jedoch noch zu oft geprägt von jenen, die in allem Fremden eine Bedrohung wahrnehmen und aus Hass und Abgrenzung

politisches Kapital zu schlagen versuchen. Das ist nicht die Haltung der großen Mehrheit der Menschen in unserem Land. Wir müssen noch sichtbarer machen, dass Sachsen ein weltoffenes Land ist.

Als Sächsische Union wollen wir, dass sich Kammern, Verbände und der Freistaat noch stärker dafür einsetzen, zielgerichtet im Ausland Fachkräfte nach deutschen Standards auszubilden und für Sachsen als Standort zu werben. Sachsen muss als Wirtschafts- und Arbeitsstandort attraktiver und sichtbarer werden. Damit dies gelingen kann, müssen die Bedingungen und die Strukturen zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte in Sachsen weiter verbessert werden. Die Möglichkeiten des Europäischen Binnenmarktes sind prioritär zu nutzen.

In Sachsen halten sich derzeit mehr als 114.000 Personen mit einem Asylbezug und Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine auf. Die Maßnahmen für eine wirksame, zügige Qualifizierung und Integration von Personen mit bestehenden Aufenthaltstiteln und guter Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt sowie in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland müssen verstärkt werden. In der Heimat absolvierte Ausbildungen und Berufsabschlüsse sind schnell und unbürokratisch anzuerkennen. Die berufsspezifischen deutschen Standards stellen wir dabei nicht in Frage.

Zur Prozessoptimierung bei der Erteilung der erforderlichen Visa und Aufenthaltstitel ist die Serviceorientierung zwischen den zuständigen Behörden, den Unternehmen und den betroffenen ausländischen Fachkräften zu verbessern. Wir wollen, dass Menschen die hart und ehrlich arbeiten in Deutschland eine Heimat finden können.

Wir setzen uns zur wirksamen Fachkräftegewinnung dafür ein, dass im Ausland One-Stop-Agencies etabliert werden, die die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen vor der Einreise schnell und unbürokratisch gewährleisten. Der Bund ist aufzufordern, dass die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland über hinreichende Ressourcen verfügen, damit eine zügige Bearbeitung der Visaanträge gewährleistet wird. Ein erfolgreicher Familiennachzug ist entsprechend den bestehenden Regelungen abzusichern und auf Änderungen im Aufenthaltsrecht hinzuwirken, wenn diese auch unter Berücksichtigung der ordnungsrechtlichen Steuerungsfunktion des Ausländerrechts einer wirksamen Fachkräftegewinnung entgegenstehen.

Der gesamte Prozess von der Anwerbung über die Einwanderung bis hin zur Integration von Fachkräften muss effizienter gestaltet und Vorschriften weiter abgebaut werden. Insbesondere die Verschlinkung und Vereinfachung bürokratischer Strukturen ist absolut notwendig.

Ebenso wollen wir Informationsangebote auf- und ausbauen und vor allem für nicht akademische Berufe stärken. Gleichzeitig muss die Bekanntheit von Angeboten und Möglichkeiten erhöht werden.

Für eine Politik mit Vernunft

Krisen wie diese sind nicht die Zeit für ideologische Grabenkämpfe. Es braucht eine Politik, die mit Besonnenheit und Entschlossenheit die notwendigen Entscheidungen trifft.

Als Sächsische Union werden wir weiterhin die Erwartungen der Menschen im Freistaat gegenüber der Bundesregierung zum Ausdruck bringen und uns konstruktiv an lösungsorientierten Debatten beteiligen. Darüber hinaus nehmen wir hier in Sachsen unsere Verantwortung wahr um den Freistaat gut durch die aktuellen Krisen zu steuern und uns zukunftsfest aufzustellen – in der Landespolitik genauso wie auf der kommunalen Ebene.